

Leiharbeit

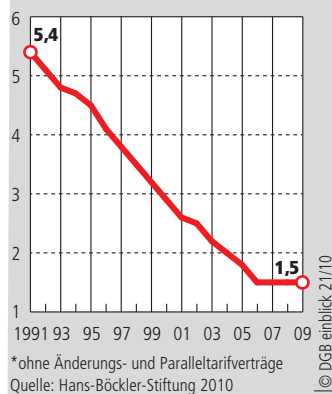
Die Lösung heißt Equal Pay

Wenn das Thema nicht so ernst wäre, könnten die jüngsten Koalitionsquerelen um einen Zeitarbeitsmindestlohn für den einen oder anderen Lacher taugen: Erst kann sich FDP-Fraktionsvize Heinrich Kolb einen allgemeinverbindlichen Mindestlohn für die Leiharbeit vorstellen, dann muss er dementieren – Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) begrüßt Kolbs Vorstoß trotzdem. Schließlich signalisierten die Liberalen „Gesprächsbereitschaft“, betonten aber gleichzeitig, dass sie von ihrer Position nicht abrücken werden: kein Mindestlohn für die Zeitarbeit. Ursula von der Leyen hingegen erklärte zum Zeitarbeitsmindestlohn, sie wolle, „dass wir die Beratungen noch in diesem Jahr abschließen“.

Ganz gleich, was diese Beratungen bringen: Wie mit dem Entwurf des neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes verfehlt die Koalition auch mit der aktuellen Mindestlohndebatte den Kern des Problems. „Nachdem sich die Union jahrelang gegen einen Mindestlohn in der Zeitarbeit gesträubt hat, ist es eine späte, aber immerhin richtige Erkenntnis, dass

Immer weniger allgemeinverbindlich

Anteil der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge an allen Tarifverträgen* (in Prozent)



wir mit Blick auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ab Mai 2011 auch den Zeitarbeitsmindestlohn brauchen“, betont DGB-Vorstand Claus Matecki. Viel wichtiger sei es aber, das Equal-Pay-Prinzip endlich gesetzlich festzuschreiben: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Denn die inzwischen fast eine Million LeiharbeiterInnen verdienen bis zu 50 Prozent weniger als ihre fest angestellten KollegInnen.

Diese hohe Entgeltendifferenz

Die schwarz-gelbe Koalition diskutiert derzeit darüber, den Zeitarbeitsmindestlohn ins Entsendegesetz aufzunehmen und so für allgemeinverbindlich zu erklären. Solche Erklärungen werden immer seltener und gelten heute nur noch für 1,5 Prozent aller Tarifverträge. Hauptgrund: Die aktuelle Gesetzeslage räumt den Arbeitgebern de facto ein Vetorecht ein – und das wird oft zur Blockade genutzt.

sei der „wirtschaftliche Anreiz“ dafür, dass der aktuelle Beschäftigungsaufbau zu großen Teilen in der Leiharbeit stattfindet, schreiben Berthold Huber und Detlef Wetzel, Erster und Zweiter Vorsitzender der IG Metall, in einem offenen Brief an alle Abgeordneten des Bundestags. Auch für Huber und Wetzel ist ein Zeitarbeitsmindestlohn mitnichten der Weisheit letzter Schluss: „Eine Mindestlohnregelung löst keines der heute bestehenden Probleme mit der Leiharbeit“, betonen die beiden Gewerkschafter. „Nur eine strikte Durchsetzung des Equal-Pay-Prinzips kann den Missbrauch von Leiharbeit und Lohndumping verhindern.“ Dieses Prinzip schreibt sogar die EU-Leiharbeitsrichtlinie vor. Da aber auch das „reformierte“ deutsche Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) davon abweichende Tarifverträge zulässt, setzt es die europäischen Vorgaben nicht korrekt in deutsches Recht um, kritisiert der DGB. Das Resümee des Gewerkschaftsbunds zur aktuellen Koalitionsdebatte ist deshalb klar: Zeitarbeitsmindestlohn ist gut, Equal Pay noch wichtiger. ●

plusminusBERLIN

+ **SPD-MdB Hilde Mattheis hat die von einigen Banken praktizierte kostenpflichtige Umwandlung eines Girokontos in ein pfändungsgeschütztes „P-Konto“ kritisiert. „Geschäfte mit Armut per Bankkonto“ müssten beendet werden.**

- **Kein Herz für Kinder – Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) scheint keinen großen Wert auf die Arbeit des UN-Kinderhilfswerks zu legen. Sein Haus kürzte die Mittel für UNICEF um 28 Prozent – von 6,5 auf 4,7 Millionen Euro.**

Seite 3

Gegen Sparpolitik

Deutsche und französische Gewerkschaften sind sich einig: Mit Lohn- und Sozialdumping lassen sich die Krisenfolgen nicht überwinden

Seite 5

Weichen gestellt

Die Delegierten des GdP-Bundeskongresses haben den Kurs für die kommenden Jahre bestimmt. einblick stellt die zentralen Beschlüsse vor

Seite 7

Studieren ohne Abitur

Warum beruflich Qualifizierte eine Bereicherung für die deutschen Hochschulen sind, erklärt Edeltraud Glänzer



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.boeckler.de/73692.html
Aktualisierte Datenbank „Betriebsvereinbarungen“ der Hans-Böckler-Stiftung

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Dossier „Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule“

Bildungspolitik

Arbeitgeber drängen in die Schule

Mehrere Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände haben ihre Vorstellungen für ein eigenständiges Unterrichtsfach „Wirtschaft“ an allgemeinbildenden Schulen präsentiert. Ziel der Verbände sei es offenbar, so der DGB, „ihr Verständnis einer deregulierten un-

ternehmensorientierten Wirtschaft in die Schule zu bringen“. Für diese Einschätzung spricht, dass die Autoren des 140-seitigen Papiers („Ökonomische Bildung an allgemeinbildenden Schulen“) die Einbindung von politischen und sozialen Zusammenhängen in das

von ihnen entworfene Fach „Wirtschaft“ weitgehend ablehnen. Auch Integrationsfächer wie „Sozialkunde“ oder „Politik/Wirtschaft“ stehen im Arbeitgeberkonzept in der Kritik.

„Dass die Wirtschaft dabei von ‚ökonomischer Bildung‘ spricht, ist schlicht irreführend“, kritisiert Matthias Anbuhl, Abteilungsleiter für Bildungspolitik beim DGB-Bundesvorstand. „Unterricht darf nicht

für Selbstdarstellung oder Interessenspolitik missbraucht werden.“ Der DGB setzt dem Arbeitgeberkonzept das Konzept der „sozioökonomischen Bildung“ entgegen. Praxisorientiert und interdisziplinär sollen politische und gesellschaftliche Zusammenhänge von Arbeit und Wirtschaft mit ethischen, rechtlichen und ökologischen Aspekten verknüpft werden. ●

www.einblick.dgb.de/hintergrund

GEW-Studie

Kein Traumjob

Geringer Verdienst, hohe körperliche und psychische Belastung, Leben auf Hartz IV-Niveau und drohende Altersarmut – so sieht die Lebens- und Arbeitsrealität vieler ErzieherInnen laut einer Studie

der Max-Traeger-Stiftung im Auftrag der GEW aus. Danach haben nur 50 Prozent der Beschäftigten eine Vollzeitstelle und verdienen 224 Euro unter dem deutschen Durchschnittslohn. Die Folgen: Ein Drittel der Beschäftigten wechselt vorzeitig den Beruf, alle anderen müssen nach durchschnittlich 38 Jahren im Beruf mit rund 870 Euro

Rente auskommen. Die GEW kritisiert: Der Anspruch an die Qualität frühkindlicher Bildung und die Bedingungen, unter denen ErzieherInnen gute Arbeit leisten sollen, „klaffen meilenweit auseinander.“ Die Gewerkschaft fordert deshalb mehr unbefristete Vollzeitstellen, mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen. ●

lionen Menschen ein Armutszeugnis“, so der DGB.

Im Rahmen der Anhörung bezweifelten außerdem mehrere ExpertInnen, dass die neuen Regelsätze verfassungskonform sind: Aus Sicht des Sozialverbands Deutschland ist die Berechnung „in zahlreichen Punkten angreifbar“, Dr. Jürgen Borchert vom hessischen Sozialgericht sieht eine „Fülle von Ungereimtheiten“, und die Darmstädter Professorin Anne Lenze hält das „gesamte Paket für verfassungsrechtlich höchst riskant“. ●

Hartz IV-Reform

Weiter in der Kritik

Anlässlich einer Anhörung im Bundestag haben DGB und weitere Verbände erneut die Neuregelung zur Berechnung der Hartz IV-Regelsätze heftig kritisiert. Der DGB bemängelt vor allem, dass die Höhe der Regelsätze nicht darauf ausgelegt ist, Armut zu vermeiden, sondern eindeutig politisch motiviert sei.

Besonders kritisch sieht der Gewerkschaftsbund auch die geplante „Pauschalierung von Unterkunftskosten“ im Hartz IV-System. Bisher prüfen die Kommunen im Einzelfall, was „angemessene Kosten“ sind. Künftig sollen Landesgesetze ihnen das Recht einräumen, regional Pauschalen für angemessene Wohnkosten festzulegen. So bekämen die Kommunen die Möglichkeit, ihre klammen Haushalte durch einen Unterbietungswettbewerb bei den Wohnkostenpauschalen zu entlasten. „Wenn zukünftig Lokalpolitik die Höhe der Leistungen bestimmt, ist dies für ein bundesweites Leistungssystem für knapp sieben Mil-

Ausbildung

Drei statt zwei

Erst kürzlich brachte die Wirtschaft unter anderem mit ihrer Forderung nach zweijähriger Berufsausbildung die Verhandlungen zum Ausbildungspakt mit den Gewerkschaften zum Scheitern (*einblick 19/2010*). Jetzt haben GewerkschafterInnen ein deutliches Zeichen gegen diese „Schmalspurausbildungen“ gesetzt: DGB und Gewerkschaften überreichten dem Bundeswirtschaftsministerium rund 23 000 Unterschriften gegen eine verkürzte zweijährige Berufsausbildung im Bürobereich. Die UnterzeichnerInnen sprechen sich gegen entsprechende Forderungen der Arbeitgeber aus und unterstützen „eine dreijährige, moderne und zukunftsfähige“ Ausbildung. Das Wirtschaftsministerium signalisierte bereits, dass es bei der dreijährigen Ausbildung für Büroberufe bleiben soll. ●

Anzeige



Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine oder einen

ReferentIn/en für Bildungsmanagement und Netzwerkarbeit (75%-Stelle)

Teilzeit (50%), z.Zt. 19,5 Stunden, unbefristet
Teilzeit (25%), z.Zt. 9,75 Stunden, befristet für 5 Jahre.

Die Referentenstelle bezieht sich auf die inhaltliche und bildungspolitische Arbeit im Bereich Kirche – Wirtschaft – Arbeitswelt auf Bundesebene einschl. Kontakten zu entsprechenden Arbeitsfeldern in den einzelnen Regionen und Landeskirchen.

Die Aufgaben im Einzelnen:

Für die unbefristete 50%-Stelle:

- Kommunikations- und Netzwerkarbeit in gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Kontexten,
- Mentoring ehrenamtlicher Vorstände und Gruppen („Community Organizing“),
- Weiterentwicklung und zeitgemäße Gestaltung der Medienpräsenz.

Für die befristete 25%-Stelle:

- Die Entwicklung von Weiterbildungsmodulen und Aktionsprogrammen für haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitende,
- Konzeptionierung und Implementierung dazu passender Finanzierungsmodelle.

An den Bewerber/die Bewerberin mit einem akademischen Abschluss werden folgende Erwartungen gestellt:

- Kenntnisse in sozial- und wirtschaftsethischen Arbeitsfeldern,
- Erfahrungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit,
- Kooperations- und Teamfähigkeit.

Die Stelle ist nach Entgeltgruppe E 13 DVO/TVöD dotiert. Dienstsitz ist Hannover. Die Zugehörigkeit zur Evangelischen Kirche wird vorausgesetzt.

Bewerbungen richten Sie bitte bis spätestens 07.01.2011 an die Bundesgeschäftsstelle des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA): Blumhardtstr. 2, 30625 Hannover, a.brassler@kda-ekd.de. Nähere Auskünfte erteilen der Bundesvorsitzende Pfarrerin Peter Janowski (02772 40890) und der Bundesgeschäftsführer Dr. Axel Braßler (0511 55474131).

Gemeinsam gegen die Sparpolitik

Überall in Europa das gleiche Bild: Statt die Verursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen, bedroht die Sparpolitik der EU-Staaten das soziale Fundament Europas. Die Gewerkschaften in Europa sind sich einig: Nur gemeinsam und solidarisch können sie dem Sozialabbau die Stirn bieten – im EGB und in den bilateralen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften einzelner EU-Staaten. „Solidarität statt Konkurrenz“ ist der einzige Weg aus der Krise, betonten VertreterInnen deutscher und französischer Gewerkschaften bei ihrem dritten gemeinsamen Forum Ende November in Paris.

„Das Eurosystem steckt in einer tiefen systemischen Krise“, betonte DGB-Vorstand Annelie Buntenbach angesichts der aktuellen Entwicklungen in Irland auf dem deutsch-französischen Gewerkschaftsforum in Paris, das in Kooperation mit der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung stattfand.

Die TeilnehmerInnen des Forums waren sich einig: Mit Lohn-, Sozial- und Steuerdumping lässt sich die noch längst nicht überwundene Krise nicht bekämpfen. Ihre Ursachen – von der fehlenden Regulierung der Finanzmärkte bis zum zügellosen Streben nach Profit – seien nicht behoben, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der deutschen und französischen Gewerkschaften. „Was uns in die Krise geführt hat, setzt sich nach der Krise mit erhöhter Dynamik fort“, fasste Dierk Hirschel, ver.di-Experte für europäische Wirtschaftspolitik, zusammen.

Einig waren sich die TeilnehmerInnen des Forums in ihrer Kritik an der Europapolitik ihrer beiden Heimatländer. Statt sich für eine nachhaltige Wirtschafts- und Finanz- sowie für eine zukunftsfähige Industriepolitik in der EU einzusetzen, seien Deutschland und Frankreich die treibenden Kräfte im Europäischen Rat, die eine Unterstützung von Ländern wie Griechenland, Irland, Spanien oder Portugal an einen rigiden Sparkurs knüpfen. Diese wachstums- und arbeitnehmerfeindliche Politik lehnen deutsche wie französische Gewerkschaften ab. Stattdessen setzen sie sich dafür ein, „solidarische und faire Lösungen in Europa zu finden und nationale Egoismen und Alleingänge zu stoppen“. Die Sparmaßnahmen gefährdeten das Europäische Sozialmodell, führten zu einer gesellschaftlichen Spaltung und gefährdeten letztendlich das „Europäische Einigungswerk“.

„Die Ursachen der Krise müssen behoben werden. Europa braucht einen Kurswechsel, sonst bekommt es die Probleme nicht in den Griff“, stellt Annelie Buntenbach klar. ●

Die gemeinsame Erklärung des 3. Deutsch-Französischen Gewerkschaftsforums: www.einblick.dgb.de/hintergrund

Kaum ein Vorbild für Europa: Von 1998 bis zum Beginn der Krise 2008 erhöhten sich die gesamtstaatlichen Ausgaben in Deutschland im Jahresschnitt nominal lediglich um 1,4 Prozent, real – nach Abzug der Preissteigerung – sanken sie sogar um 0,2 Prozent. Damit ist Deutschland nach Japan „Vize-Weltmeister“ in „sparsamer Ausgabenpolitik“, so Gustav Horn vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) – mit erheblichen Folgen für Infrastruktur, Sozialsystem und Binnenkonjunktur. Horn warnt: Allein das von Schwarz-Gelb beschlossene Sparpaket setzt 2011 einen restriktiven Impuls von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, der „XXL-Aufschwung“ in diesem Jahr ist Ergebnis von Spezialeffekten und wirkt kaum nachhaltig.

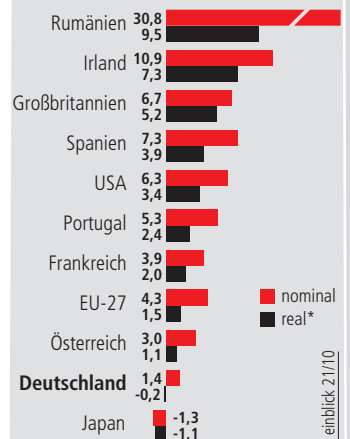
Die Aktionen gehen weiter

Für den 15.12. rufen die griechischen Gewerkschaften zum Generalstreik auf, die Tschechen demonstrieren am 8.12., die Spanier am 16.12.. Der EGB zeigt online mit einem „Bonus Watch“-Adventskalender die andere Seite – Manager-Boni trotz Krise.

www.etuc.org

Deutschland: Vize-Weltmeister in sparsamer Ausgabenpolitik

Durchschnittliche jährliche Wachstumsraten der Staatsausgaben von 1998 bis 2008 in ausgewählten Ländern (in Prozent)



*nach Abzug der Preissteigerung
Quelle: EU-Kommission / IMK

© DGB einblick 21/10

? ... nachgefragt



Foto: CFDT

Ungeachtet massiver Proteste hat die französische Regierung ihre umstrittene Rentenreform beschlossen und das Renteneintrittsalter heraufgesetzt. einblick fragte Marcel Grignard, den stellvertretenden Generalsekretär der französischen Gewerkschaft CFDT, wie es nun weitergeht und welche Bedeutung die bilateralen Beziehungen zwischen deutschen und französischen Gewerkschaften haben.

Die Regierung Sarkozy hat nicht nur die Proteste ignoriert, sondern auch die miserablen Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Ähnlich wie in Deutschland führt eine Erhöhung des Renteneintrittsalters zu mehr Altersarmut und unzumutbaren Härten für viele Beschäftigte. Immerhin ist es uns gelungen, durchzusetzen,

dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters 2013 noch einmal überprüft werden soll. Wir sind uns sicher, dass die Reform einer ehrlichen Überprüfung nicht standhalten wird, und setzen nun darauf, sie spätestens 2013 zu Fall zu bringen.

Ähnlich wie Deutschland und Frankreich eine bestimmende Rolle in der Politik der EU spielen, ist auch die Zusammenarbeit zwi-

schen den deutschen und den französischen Gewerkschaften von herausragender Bedeutung. In den bisher drei deutsch-französischen Gewerkschaftsforen haben wir enorme Fortschritte in der Kooperation gemacht. In der Analyse der Krise sind wir uns einig, und bei aller Unterschiedlichkeit etwa in der politischen und gewerkschaftlichen Kultur sind wir auf dem besten Wege, gemeinsam Strategien zu entwickeln – für unsere Politik im EGB und in der EU, aber auch was den G20-Prozess betrifft. Auch hier wollen wir den Austausch verstärken – nicht zuletzt deshalb weil 2011 Frankreich den G20-Vorsitz übernimmt.

Jugend-Kampagne

Änder das!

Ein breites Bündnis von Jugendorganisationen, darunter die Gewerkschaftsjugend, ist sich einig: Die Bundesregierung zerstört mit ihrem einseitigen und unsozialen Sparwahn die Zukunft junger Menschen. Aus diesem Grund haben sie die bundesweite Kampagne „Änder das!“ gestartet. Mit einer symbolischen Aktion startete das Bündnis Ende November am Brandenburger Tor in Berlin: Schwarz-gelbe Mumien rissen ein intaktes Schwimmbad ein, um auf die Folgen der Sparpolitik à la Merkel und Co. hinzuweisen. Der DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf fordert die Bundesregierung auf, sich endlich ernsthaft für die Belange der jungen Generation einzusetzen. Auf der Kampagnen-Homepage können sich UnterstützerInnen über Ziele, Aktionen

Anzeige

Sie wollen über Ihren beruflichen Tellerrand blicken und sind an Wirtschaft und Politik interessiert?

Informieren Sie sich über ein Sozialökonomisches Studium in Hamburg - nach Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur!

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

Anzeige

Der Fachbereich Sozialökonomie (WiSo-Fakultät der Universität Hamburg) bietet ein interdisziplinäres, praxisbezogenes Studium mit den Fächern BWL, VWL, Soziologie und Recht für Berufserfahrene - auch ohne Abitur - an.

Infos: www.gdff.de oder www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereiche/sozialoekonomie/studium/

und Hintergrund informieren. Themenschwerpunkte der Kampagne sind Sozialabbau, Bildungsmisere, Ausbeutung, Sparwahn, Klimawandel, Intoleranz und Gender. Bündnispartner sind die DGB-Jugend, die Jusos, die Grüne Jugend, SJD – Die Falken, das Jugendwerk der AWO, die BUND-Jugend, die Naturfreunde und der Bund der Alevischen Jugendlichen. ●

www.aenderdas.de

DGB-Bildungswerk

Fachkraft gegen Rechts

Auf Schulhöfen, in der Nachbarschaft, im Sportverein, aber auch in den Betrieben muss der Kampf gegen Rechtsextremismus intensiviert werden – darüber sind sich die Gewerkschaften einig. Aus diesem Grund bietet das DGB-Bildungswerk die berufsbegleitende Fortbildung zur „Fachkraft Rechtsextremismus-Prävention“ an. Ziel: grundlegende Kenntnisse über rechte Ideologie, Organisationen, politische Ziele und Strategien zu vermitteln. An insgesamt sechs Wochenenden plus einer Blockwoche führen anerkannte ExpertInnen durch das Seminar. Im Internet finden Interessierte weitere Infos. ●

www.dgb-bildungswerk.de

Auto Club Europa

Gute Fahrt 2011

Welche neuen Regeln müssen AutofahrerInnen ab 2011 beachten? Der Auto Club Europa (ACE) weiß Rat. Im Internet bietet er umfassende Infos zur Winterreifenpflicht, Führerschein mit 17, Tagfahrleuchten und vielen weiteren Neuregelungen. Außerdem: Europa-Urlauber finden beachtenswerte neue Gesetze aus den Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Österreich. Ein Beispiel: Laut ACE erklärt Griechenland ab dem 1. Januar alle Bargeld-Transaktionen über 1500 Euro für illegal. ●

www.ace-online.de

Anzeige

Die Absolventen des Sozialökonomischen Studienganges haben gute bis sehr gute Berufsaussichten in Unternehmen, Verbänden, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen oder als Selbständige.

Einzelheiten unter www.gdff.de/alumni/karrieren.php

Deutscher Personalräte-Preis

Im Einsatz für Beschäftigte

Der erstmals verliehen Deutsche Personalräte-Preis in Gold geht an den Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW. Der Grund: Neue Beschäftigte werden dort bei ihrer Einstellung nun einheitlich eingestuft. Damit wird die Einkommenssituation

von tarifbeschäftigten Lehrkräften verbessert. Den Preis in Silber erhält der Personalrat der Berliner Stadtreinigung, der mit zwei Projekten rund 50 Arbeitsplätze für leistungsgeminderte Beschäftigte schuf. Für eine Dienstvereinbarung zum Gesundheitsschutz bei der Polizei wurde der Hauptpersonalrat

Polizei beim Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz mit Bronze geehrt. Vergeben wird der Preis von der Fachzeitschrift *Der Personalrat* und dem DGB-Bundesvorstand. ● www.deutscherpersonalraete-preis.de

interregio

●●● Der **DGB-Bezirk Baden-Württemberg** lehnt den geplanten unterirdischen **Tiefbahnhof S21** in Stuttgart ab. Der DGB plädiert für einen modernisierten Kopfbahnhof in der schwäbischen Landeshauptstadt. Auch in den Gewerkschaften gebe es Gegner und Befürworter von S21, so der DGB. Allerdings müsse sich der DGB als Dachverband der Gewerkschaften zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen positionieren – insbesondere, wenn es um Steuer-

gelder in Milliardenhöhe gehe. Der DGB betont: „Durch S21 entstehen kurzfristig Arbeitsplätze – wie viele es in 15 Jahren sind, kann niemand voraussagen. Neue Arbeitsplätze entstehen aber auch bei einer Modernisierung des Kopfbahnhofs.“ Ganz zentral sei die Einhaltung von Gesetzen, Arbeitsschutzvorschriften und Tarifverträgen bei öffentlichen Bauten. Gesetzesverstöße, die beim S21-Bau vorkamen, dürften sich nicht wiederholen.

www.bw.dgb.de

●●● Der **DGB-Bezirk Bayern** hat die **Gesprächsplattform** „Initiative Elektromobilität Bayern“ begrüßt. Diese bringt Arbeitgeber, Gewerkschaften und Wissenschaft zusammen, um über elektrotriebene Fahrzeuge als Zukunftsprojekt der Automobilindustrie in Bayern zu diskutieren. Der bayrische DGB-Vorsitzende Matthias Jena betont: „Elektromobilität ist ein großes Zukunftsthema für den Standort Bayern: für Hersteller, Zulieferer und Energieversorger.

Die Gewerkschaften wollen diesen technologischen Wandel aktiv mitgestalten. Wir begrüßen, dass der Ministerpräsident unsere Anregung aufgreift und alle wichtigen Akteure zusammenbringt.“ E-Mobilität betreffe über die Automobilindustrie hinaus weitere Branchen. Ein zentrales Element seien Investitionen in eine intelligente Energie-Infrastruktur. Insgesamt gehe es mindestens um 600 000 Arbeitsplätze, erklärt Jena.

www.bayern.dgb.de

GEWERKSCHAFTEN

GdP-Bundeskongress

Sicherheit ist Mehrwert

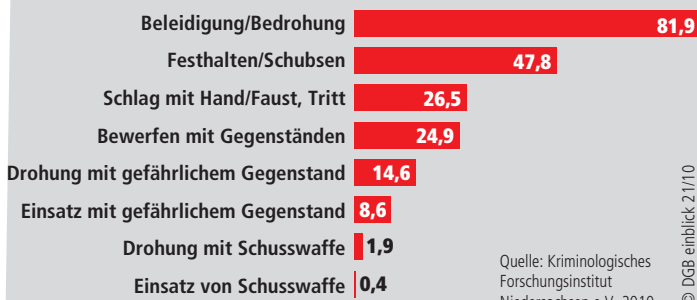
Mit großer Geschlossenheit haben die Delegierten des 24. Ordentlichen Bundeskongresses der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Weichen für die gewerkschaftliche und politische Arbeit in den kommenden vier Jahren gestellt. Einblick stellt die zentralen Beschlüsse vor.

„Sicherheit ist Mehrwert“ lautete das Motto des GdP-Bundeskongresses. Bernhard Witthaut, neuer Vorsitzender der GdP, machte deutlich, worum es dabei geht: „Mit unserer Arbeitskraft schaffen wir

täglich einen Mehrwert, der in unserem Gemeinwesen unverzichtbar ist. Wir gewährleisten die innere Sicherheit.“ Angesichts der massiven Arbeitsbelastung im Polizeidienst forderte er, dass es einen PoW –

Gefährlicher Einsatz

Anteil von PolizeibeamtInnen, die 2009 im Dienst mit verschiedenen Aggressionsformen konfrontiert wurden (in Prozent)



Über ein Viertel der befragten Polizistinnen und Polizisten ist 2009 tatsächlich angegriffen worden, das belegt eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen.



Foto: GdP

Der neue GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut, 55, zu den politischen Herausforderungen in den kommenden vier Jahren.

■ Welche Signale gehen von eurem GdP-Kongress aus?

■ In erster Linie geht von unserem Bundeskongress ein Signal der Geschlossenheit in vielen Fragen aus. So lehnen wir zum Beispiel den Einsatz der Bundeswehr im Inneren ab. Außerdem gilt für uns: Polizeiliche Arbeit darf nicht ausschließlich mit dem Taschenrechner bewertet werden. Pläne der Bundesländer, fehlende Polizeikräfte durch Bürgerwehren und private Sicherheitsdienste zu ersetzen, müssen gestoppt werden. Dies gefährdet das staatliche Gewaltmonopol.

■ Was sind die Ziele der GdP?

■ Uns geht es darum, die GdP weiterzuentwickeln. Wir wollen Projekte zur Mitgliederwerbung und -bindung ausbauen. Wir sind auf einem guten Weg. Klar

ist: Mit den bisherigen 170 000 Mitgliedern geben wir uns nicht zufrieden.

■ Wo werden deine Schwerpunkte liegen?

■ Auf dem Kongress hab ich gesagt: Ich will Tag und Nacht für die GdP und ihre Mitglieder da sein. Das meine ich ernst. Mein Ziel: Die Polizei muss in der Mitte unserer demokratisch verfassten Gesellschaft stehen. Dabei gilt es auch, gegen die durch politische Entscheidungen verursachte Frontenbildung anzugehen, wie sie sich in Stuttgart und beim Castor-Transport angedeutet hat. Die Polizei muss in diese Dialoge vorab eingebunden sein. Außerdem wollen wir weiterhin in solchen Fällen auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen.

■ Innenminister de Maizière hat der GdP in Sicherheitsfragen eine abwägende Wortwahl angeraten. Wie siehst du das?

■ Ich lasse mir von niemandem den Mund verbieten. Für die GdP gilt: Wir sagen, was wir für richtig halten. Wenn wir der Meinung sind, auf bestimmte Sachverhalte hinweisen zu müssen, dann tun wir das.

einen Polizisten ohne Wochenende – nicht mehr geben dürfe.

Die insgesamt 254 Delegierten stellten mit ihren Beschlüssen die Weichen für die kommenden Jahre. So forderten sie einstimmig ein besseres Arbeits- und Gesundheitsmanagement, um dem hohen Krankenstand zu begegnen. Einmütig stimmten sie für ein einheitliches Versammlungsgesetz. Der Hintergrund: Variierende Polizei- und Versammlungsgesetze führen zu zusätzlichen Belastungen. Mit Forderungen nach „echten“ Pensionsfonds, einem zielgenauen „Gender-Check“ im Beamtenrecht und mehr Begleitpersonal in öffentlichen Verkehrsmitteln bezogen die Delegierten mit großen Mehrheiten Stellung zu aktuellen Problemen. Eine klare Absage erteilten sie der Forderung, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen.

Lob zollten Bundespräsident Christian Wulff und Innenminister Thomas de Maizière (CDU) sowohl den PolizistInnen als auch der GdP. „Solidarität, Sympathie, Respekt und Dankbarkeit: Das alles hat die Polizei verdient“, betonte Wulff. ●

Gewalt gegen Polizisten

Dramatische Ergebnisse liefert der Zwischenbericht zur Studie „Gewalt gegen Polizisten“ des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen: Gewalt gegen PolizistInnen ist mittlerweile Alltag in Deutschland. In den letzten zehn Jahren habe der Tatbestand „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ um über 23 Prozent zugenommen.

Rund acht Prozent aller PolizistInnen sind laut Studie in den vergangenen fünf Jahren mindestens einmal so heftig angegriffen worden, dass sie ein bis sechs Tage dienstunfähig waren. Besonders auffällig: Ein Großteil dieser Angriffe fand nicht bei gewalttätigen Demonstrationen statt, sondern ereignete sich im regulären Streifendienst.

Die GdP fordert aus diesem Grund: „Neben der Erhöhung des Strafmaßes wäre vor allem eine Mindestfreiheitsstrafe statt einer Geldstrafe angemessen.“ Ein erster Schritt zeichnet sich ab: Der bestehende Paragraph „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ wird verschärft. Widerstand gegen die Polizei kann künftig drei statt bisher zwei Jahre Haft nach sich ziehen.

www.einblick.dgb.de/hintergrund

kurz & bündig



TRANSNET und GDBA haben – kurz vor ihrem Zusammenschluss zur EVG – die Neuausrichtung des „Aktionsplan Güterverkehr“ durch das Bundesverkehrsministerium scharf kritisiert. „Das Ziel, Güterverkehr auf die Schiene zu ziehen, hat die Bundesregierung offenbar aufgegeben“, heißt es in einer Stellungnahme.

ver.di

ver.di hat Forderungen aus der FDP zurück gewiesen, den Zoll der Bundespolizei zuzuordnen und somit dem Bundesinnenministerium zu unterstellen. Derzeit ist der Zoll dem Bundesfinanzministerium unterstellt. ver.di werde sich einer „Optimierung der Zusammenarbeit von Zoll, Bundespolizei und Bundeskriminalamt“ nicht verschließen. Eine „Bundesfinanzpolizei“ lehnt die Gewerkschaft aber ab.



Die GEW warnt vor einer „Pensionierungswelle“ von LehrerInnen. In den nächsten fünf Jahren steige die Zahl der Pensionierungen im Vergleich zu 2009 um 20 Prozent. Die Bundesländer hätten dafür noch nicht ausreichend vorgesorgt.



Die IG BAU fordert möglichst schnell eine Pflicht für Rußpartikelfilter in allen Baumaschinen, um den Gesundheitsschutz von BauarbeiterInnen zu verbessern. Nach bisherigen Plänen soll diese Pflicht erst 2014 und nur für Neuanschaffungen eingeführt werden.

TRANSNET und GDBA

EVG ist Realität

Ein neuer Name im DGB: die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ist seit Anfang Dezember Realität. Entstanden ist die EVG aus der Verschmelzung der Gewerkschaften TRANSNET und GDBA. Gewerkschaftstage der beiden Organisationen fassten am 30. November in Fulda die entsprechenden Beschlüsse, am 1. Dezember fand dann – ebenfalls in Fulda – der erste gemeinsame Gewerkschaftstag statt. Seit Jahren

arbeiten die DGB-Gewerkschaft TRANSNET und die Verkehrsgewerkschaft GDBA, Mitglied des Deutschen Beamtenbundes (dbb), eng zusammen – beispielsweise als Tarifgemeinschaft. Im Herbst vergangenen Jahres kündigten die beiden Gewerkschaften schließlich an, ihre Organisationen zusammenführen zu wollen.

Dass die neue Gewerkschaft Mitglied des DGB bleibt, hatte der TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner bereits im November 2009 gegenüber *einblick* klar gemacht (*einblick* 20/2009). Die EVG hat rund 240 000 Mitglieder, rund

30 000 davon kommen von der GDBA. Es ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, dass eine DGB- und eine ehemalige dbb-Gewerkschaft zusammengehen.

Vorsitzender der EVG ist der bisherige TRANSNET-Vorsitzende Alexander Kirchner, seine StellvertreterInnen sind Klaus-Dieter Hommel (zuvor GDBA-Vorsitzender) und Regina Rusch-Ziembra (zuvor stellvertretende TRANSNET-Vorsitzende). Mehr Infos zum ersten gemeinsamen Gewerkschaftstag der EVG gibt es im Internet. ●

www.evg-online.org

DGB-Kalender

2011 kompakt

Der DGB-Kalender für das kommende Jahr ist da – und kommt in



neuer Aufmachung. Nicht nur der Umschlag hat ein neues „Outfit“ bekommen, auch im Kalendarium gibt es jetzt mehr zu entdecken: Hier finden sich wichtige Daten zur Gewerkschaftspolitik wie etwa zu den Sozialwahlen 2011. Außerdem laden historische Kurzfotos über Jubiläen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zum Stöbern und Durchblättern ein. Daneben bietet der Kalender wie gewohnt Fakten rund um den DGB und die Gewerkschaften sowie einen umfangreichen Service- und Adressteil. ●

Der DGB-Kalender 2011 ist kostenlos bei den DGB-Regionen und DGB-Bezirken vor Ort erhältlich.



Der Internationale Frauentag feiert 2011 sein 100-jähriges Jubiläum (*einblick* 19/2010) – und die Gewerkschaftsfrauen feiern selbstverständlich mit. Anlässlich des „runden Geburtstags“ bietet der DGB-Bestellservice im Online-Shop jetzt Briefmarken der Deutschen Post mit Logo und Slogan des Frauentags 2011 an. Geliefert werden die Marken als „Portocards“ (jeweils 4 selbstklebende Marken im Umschlag, zwei 45-Cent-Marken, zwei 55-Cent-Marken). Mindestbestellmenge: 25 Portocards für 71,54 Euro zzgl. Porto und Versandkosten. Auch T-Shirts mit dem Frauentags-Logo sind beim Bestellservice erhältlich. www.dgb-bestellservice.de

IG Metall

Solarstreik

Am ersten Warnstreik in der deutschen Solarbranche überhaupt beteiligten sich Mitte November bei der Firma Solibro in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt) über 180 Beschäftigte. Die IG Metall fordert von der Geschäftsführung die Aufnahme von Tarifverhandlungen und

die Übernahme des Tarifvertrags der Metall- und Elektroindustrie. Die Gewerkschaft kritisiert seit Jahren, dass die deutsche Solarbranche zwar mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, vielerorts aber über 30 Prozent geringere Löhne und Gehälter zahlt, als vergleichbare Tarifverträge in anderen Branchen vorsehen. Ein Facharbeiter bei Solibro, einer Tochterfirma des weltweit größten Solarzellenherstel-

lers Q-Cells SE, verdient zur Zeit 8,33 Euro brutto Stundenlohn – der vergleichbare Tariflohn liegt bei 14 Euro.

Trotz des Warnstreiks verweigert Solibro weiterhin Verhandlungen. Die IG Metall-Mitglieder in der Belegschaft haben sich daraufhin Ende November auf einer Mitgliederversammlung für weitere Warnstreiks im Dezember ausgesprochen. ●

Studieren ohne Abitur

Eine Bereicherung für die Hochschulen

Auch in Deutschland sollten beruflich Qualifizierte ohne Abitur uneingeschränkt studieren können, fordert Edeltraud Glänzer (IG BCE).

Beruflich Qualifizierte ohne klassisches Abitur sind unter den 2,1 Millionen Studierenden immer noch die Ausnahme. Ihr Anteil liegt derzeit gerade mal bei 0,6 Prozent an den Universitäten und 1,9 Prozent an den Fachhochschulen. In Zeiten des Fachkräftemangels und global konkurrierender Wissensgesellschaften **muss das Potenzial aller Beschäftigten genutzt werden.** Eine uneingeschränkte Durchlässigkeit zwischen Arbeitswelt und Hochschule ist im Zuge der demografischen Entwicklung zwingend.

Einige Bildungsminister haben den formalen Zugang (z.B. für Meister) zwar gelockert, aber nur wenige Hochschulen haben diese Gruppe, die oftmals berufsbegleitend studieren muss, im Blick. Dabei haben sich alle Bundesländer auf der Kultusministerkonferenz 2009 darauf geeinigt, die Hochschulen für Berufstätige zur Fort- und Weiterbildung zu öffnen. Fast alle Länder haben ihre Gesetze mittlerweile angepasst und den Zugang für beruflich qualifizierte Personen zumindest auf dem Papier erleichtert. Jedoch fallen diese Regelungen in den Bundesländern sehr unterschiedlich aus – so fordern einige Länder zwei Jahre Berufspraxis, andere fünf Jahre. **Von einer Gleichbehandlung kann deshalb bisher noch nicht die Rede sein.**

Zudem ist die Umsetzung an den Hochschulen derzeit unbefriedigend. Bisher gibt es nur wenige staatliche Volluniversitäten in Deutschland, die sich dieser Herausforderung voll annehmen. Private Hochschulen versuchen diese Lücke auf dem Weiterbildungsmarkt zu schließen, indem sie meist sehr teure Angebote machen, um beruflich qualifizierten Beschäftigten zu einem Hochschulabschluss zu verhelfen. Ein Studienabschluss darf jedoch **nicht von den individuellen finanziellen Möglichkeiten abhängig** sein. Die Bundesregierung muss für solche Angebote die BAföG-Regeln erweitern, damit Berufstätige überhaupt finanziell in der Lage sind, ein Studium zu absolvieren. Dazu gehört, die Altersgrenze von 35 Jahren beim BAföG zu streichen.

Sollten Eingangsprüfungen durchgeführt werden, muss sichergestellt werden, dass es sich dabei nicht um abgespeckte Abitur-Prüfungen handelt. **Nicht das schulische Wissen ist entscheidend,** sondern das für den Studiengang relevante Wissen aus Berufsbildung und -praxis muss im Vordergrund

stehen. Außerdem muss sichergestellt sein, dass die Prüfungen transparent gestaltet werden, um eine adäquate Vorbereitung zu gewährleisten.

Beruflich Qualifizierte sind selten Vollzeitstudierende. Es bedarf mehr, als reiner Teilzeitregelungen, die in manchen Bundesländern und Hochschulen als Fortschritt anzusehen sind, weil sie bisher gänzlich fehlten. In einem berufsbegleitenden Studium müssen jedoch die Realitäten und Verpflichtungen berufstätiger Studierender Berücksichtigung finden, indem beispielsweise Seminare und Vorlesungen, sowie Sprechzeiten der Dozierenden in



Edeltraud Glänzer, 55, ist als Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG BCE unter anderem für Bildung und Wissenschaft sowie Berufliche Bildung und Weiterbildung zuständig.

die Abendstunden oder ins Wochenende gelegt werden. Vor- und Brückenkurse müssen Berufstätigen ermöglichen, fehlende Sprach- und MINT-Kenntnisse nachträglich zu erwerben.

Wichtig ist die Anrechnung beruflicher Kompetenzen. Beruflich qualifizierte Personen bringen einen großen Schatz an Erfahrung mit und sind dank ihrer beruflichen Praxis eine Bereicherung für den Hochschulbetrieb. Diese Erfahrung lässt sich in vielen Fällen mit zu erbringender Studienleistung vergleichen und muss daher angerechnet werden können. Es wurden für viele Studienfächer bereits transparente Verfahren entwickelt, die es nun anzuwenden gilt. Dies steigert nicht nur die Anerkennung beruflicher Praxis, sondern ist auch ein logischer Schluss, um indirekte Doppelbelastungen zu vermeiden. Außerdem ist die Anerkennung ein Signal, das die Hürden zur Aufnahme eines Studiums verringern kann.

Partielle Angebote an einigen Hochschulen reichen nicht. Die Hochschulen müssen sich flächendeckend zu beruflich Qualifizierten ohne allgemeine Hochschulreife bekennen. Sie dürfen sich nicht als reine Weiterbildungsträger betrachten, sondern müssen ihren gesellschaftlichen Bildungsauftrag im Blick behalten. Dieser wird derzeit bei beruflich Qualifizierten deutlich vernachlässigt. ●

Dritter Bildungsweg: Studieren ohne Abi

Im internationalen Vergleich hängt Deutschland bei der Öffnung der Hochschulen für Studierende ohne Abitur hinterher: Während hierzulande 0,6 Prozent der Studierenden an den Unis und 1,9 Prozent an den FHs keine klassische Hochschulzugangsberechtigung haben, sind es in Schweden sechs Prozent und in Großbritannien sogar 15 Prozent aller Studierenden.

Um dem drohenden Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften zu begegnen, beschloss die Hochschulrektorenkonferenz im November 2008 die „Neuordnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte“. Im März 2009 einigten sich die KultusministerInnen der Länder darauf, dass AbsolventInnen betrieblicher Aufstiegsfortbildungen deutschlandweit den allgemeinen Hochschulabschluss erhalten. Ihr Abschluss ist dem Abitur gleichgesetzt. Berufstätige mit mindestens zweijähriger Ausbildung plus dreijähriger Berufspraxis sollen ein fachgebundenes Zugangsrecht zur Hochschule erhalten. Doch bislang hapert es noch mit der Umsetzung der KMK-Beschlüsse an den Unis.

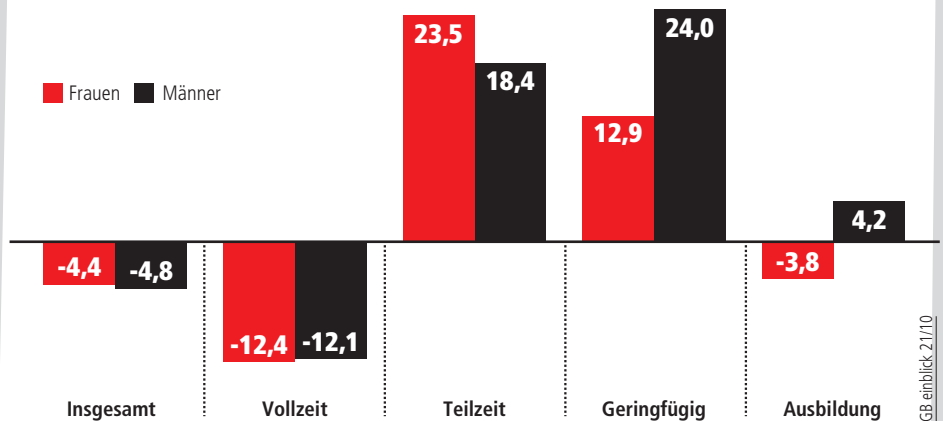
Die IG BCE hat im Internet eine Datenbank mit allen Unis und Fachhochschulen zusammengestellt, die ein Studium ohne Abitur ermöglichen.

www.einblick.dgb.dellinks

JUNGE FRAUEN: Weniger Vollzeit, mehr Teilzeit

Sozialversicherte Vollzeit-Jobs werden immer seltener, dafür wächst Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung. Eine DGB-Analyse belegt: Im Jahr 2000 arbeiteten 2,7 Millionen junge Frauen unter 30 Jahren in Vollzeit. 2009 waren es nur noch 2,3 Millionen. Insgesamt ist die Zahl junger Menschen, von Männern wie von Frauen, in regulären Vollzeitjobs rückläufig. Der Rückgang der Ausbildungszahlen bei Frauen wird durch eine höhere Quote von weiblichen Studierenden kompensiert, so die DGB-ExpertInnen.

Beschäftigungsformen und Ausbildung von 15- bis 30-Jährigen im Jahresvergleich 2000 und 2009 (in Prozent)



Quelle: DGB 2010

© DGB einblick 21/10

personalien

••• Neuer Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist **Bernhard Witthaut**. 96 Prozent der Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses stimmten für den 55-jährigen Polizeihauptkommissar. Witthaut folgt **Konrad Freiberg**, 59, der aus Altersgründen nicht mehr kandidierte. Stellvertretende Vorsitzende sind **Kerstin Philipp**, 47 (93,2 %), **Hugo Müller**, 51 (77,7 %), **Frank Richter**, 51 (74,6 %), und **Jörg Radek**, 50 (91,6 %). Zudem bestätigten die Delegierten **Andreas Schuster**, 51 (80,9 %), als Bundeskassierer und wählten **Oliver Malchow**, 47 (73 %), zum neuen Bundesschriftführer. Weitere

Mitglieder im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand sind **Elke Gündner-Ede**, 54 (68,9 %), und **Jörg Bruchmüller**, 51 (74,7 %). ••• Auf Vorschlag der Mitgliedstaaten hat die EU im Oktober die 344 Mitglieder des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) für die nächste Amtszeit bis 2015 ernannt. Das beratende EU-Organ setzt sich aus VertreterInnen von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderer Interessengruppen wie Verbrauchern und Bauern zusammen. Zu den acht VertreterInnen aus DGB-Gewerkschaften gehören: **Egbert Biermann** (IG BCE), **Gabriele Bischoff** (DGB, stellvertretende Präsidentin der Ar-

beitnehmergruppe), **Armin Duttiné** (ver.di), **Alexander Graf von Schwerin** (ver.di / CDA), **Claus Matecki** (DGB, Mitglied im Präsidium der Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt), **Horst Mund** (IG Metall), **Michaela Rosenberger** (NGG) und **Hans-Joachim Wilms** (IG BAU, Mitglied im EWSA-Präsidium).

und ver.di Ostsachsen, Diskussion „Wer rettet den Rettungsdienst?“, Bautzen

9.12. DGB, Tagung „Mitbestimmen – Partizipationsmöglichkeiten für Drittstaatsangehörige“, Düsseldorf

10.12. DGB, Workshop „Die EU – Agenda ‚Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung‘“, Berlin

11.12. DGB-Jugend Vorder- und Südpfalz, Herbstaktion „Hip-Hop-Event ‚Sozialer Kahl-schlag – nicht mit uns‘“, Ludwigshafen

13.12. DGB-Bezirk Sachsen, Tagung „Arbeiten solange der Rücken hält – Rente mit 67, mit 70 oder noch später?“, Dresden

15.12. ver.di, Diskussion „sicht.weisen“, Berlin

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

8.12. DGB, Fachveranstaltung „Der ‚Rente mit 67‘-Bericht der Bundesregierung – eine ehrliche Bestandsaufnahme?“, Berlin

9.12. DGB Ostsachsen

Schlusspunkt.

„Für einen SPD-Vorsitzenden sind zehn Jahre Vorsitz sowieso immer beeindruckend.“

Der SPD-Vorsitzende **Sigmar Gabriel** in seinem Grußwort auf dem GdP-Bundeskongress am 23.11. über **Konrad Freiberg**, der nach zehn Jahren als GdP-Vorsitzender nicht mehr zur Wiederwahl angetreten ist.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke, Timm Steinborn **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:** Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muetzel@berlin.de **Layout:** zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.) Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Opferentschädigungsrecht**Entschädigung erst ab Antrag**

Gewaltopfer erhalten Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz. Der Antrag muss im Jahr nach der Schädigung gestellt werden.

Der Fall: Die Frau erlitt 1992 bei einem Überfall Verletzungen am Bein durch mehrere Schüsse. 2001 nahm sie infolge einer Fernsehsendung Kontakt zu einem Opferhilfeverein auf, der sie auf mögliche Entschädigungsansprüche hinwies. Auf ihren Antrag stellte das Landesversorgungsamt eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 Prozent fest und gewährte Versorgungsleistungen ab dem Antragsmonat. Die 47-Jährige begehrte aber auch Leistungen für die Vorjahre. Die Gewalttat habe zu einer posttraumatischen Belastung geführt, daher habe sie den Antrag nicht früher stellen können.

Das Landessozialgericht: Wird der Antrag auf Entschädigung nicht innerhalb eines Jahres gestellt, werden Versorgungsleistungen erst ab Antragsmonat gezahlt. Nach Jahresfrist besteht ein rückwirkender Anspruch nur, wenn der Geschädigte unverschuldet an der Antragstellung verhindert war. Davon ist nicht auszugehen, wenn der Antrag erst Jahre nach der Tat gestellt wird. Die Frau ist nicht ohne Verschulden an einer früheren Antragstellung gehindert gewesen. Insbesondere hat die psychische Erkrankung sie nicht entsprechend eingeschränkt. Ihre späte Antragstellung sei vielmehr darauf zurückzuführen, dass sie erst 2001 von der Opferentschädigung erfahren hat. Rechtsunkenntnis begründet jedoch keine rückwirkenden Leistungsansprüche.

*Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 22. September 2010 – L 4 VE 11/10*

Kündigung**Drei Schrauben können Job kosten**

Ein Betrug über drei Schrauben im Wert von 28 Cent zulasten des Arbeitgebers kann ein wichtiger Grund für eine fristlose Kündigung sein. Aber es kommt immer auf den konkreten Fall an.

Der Fall: Der 50-jährige Betriebsratsvorsitzende ist seit über 30 Jahren bei seinem Arbeitgeber tätig, der das Arbeitsverhältnis fristlos kündigen wollte. Dabei ging es um drei Schrauben im Wert von 28 Cent, die der Betriebsratsvorsitzende an einen früheren Arbeitskollegen verschenkt hatte. Der Vorfall kam durch einen anonymen Brief an den Arbeitgeber heraus. Der forderte vom Betriebsrat die Zustimmung zur fristlosen Kündigung, die der Betriebsrat verweigerte. Auf Antrag des Arbeitgebers sollte das Arbeitsgericht die Zustimmung durch Gerichtsentscheidung ersetzen. Der Antrag hatte keinen Erfolg.

Das Arbeitsgericht: Diebstahl, Unterschlagung oder Betrug durch Arbeitnehmer können auch dann zur außerordentlichen Kündigung führen, wenn nur geringfügige Werte betroffen sind. Das Bundesarbeitsgericht hat aber auch entschieden, dass „eine über lange Jahre ungestörte Vertrauensbeziehung“ zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer „nicht notwendig schon durch eine erstmalige Vertrauensenttäuschung unwiederbringlich zerstört“ werde. Im vorliegenden Fall war vor allem die lange Betriebszugehörigkeit des Betriebsratsvorsitzenden von großer Bedeutung. Positiv zu bewerten ist außerdem, dass der erappte Betriebsratsvorsitzende nicht geleugnet, sondern sein Vorgehen sofort bedauert hatte.

*Arbeitsgericht Bonn,
Beschluss vom 21. Oktober 2010 – 1 BV 47/10*

Adipositas therapie**Erst danach Magenverkleinerung**

Krankenkassen tragen die Kosten einer operativen Magenverkleinerung für übergewichtige Versicherte nur dann, wenn zuvor unter ärztlicher Anleitung geeignete konservative Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden.

Dazu gehört eine sechs- bis zwölfmonatige integrierte Ernährungs-, Bewegungs- und Verhaltenstherapie.

*Sozialgericht Dortmund,
Urteil vom 31. August 2010 - S 40 KR 313/07*

Überstunden**Keine Entlastung für Beamte**

Ein Schulleiter kann keinen individuellen Anspruch auf Entlastung geltend machen, selbst wenn er über einen längeren Zeitraum hinweg faktisch mehr als die nach der Arbeitszeitverordnung maßgeblichen Zeitstunden pro Woche Dienst geleistet hat und noch leistet.

*Hessischer Verwaltungsgerichtshof,
Urteil vom 20. Mai 2010 - 1 A 1686/09*

Mietschulden**Keine Übernahme beim Auszug**

Mietschulden eines Sozialhilfeempfängers sind nicht zu übernehmen, wenn für die Zukunft zu erwarten ist, dass die Wohnung nicht erhalten bleiben kann.

Das ist anzunehmen, wenn die Miete die Angemessenheitsgrenze übersteigt und der Hilfebedürftige aus persönlichen oder finanziellen Gründen nicht in der Lage sein wird, den darüber liegenden Betrag aus dem Regelsatz zu bestreiten.

*Hessisches Landessozialgericht,
Beschluss vom 9. November 2010 – L 7 SO 134/10 B ER*

Unberechtigte Abmahnung**Wird nicht publik gemacht**

Wird gerichtlich festgestellt, dass Abmahnungen und Kündigung unwirksam waren, so kann der betroffene Arbeitnehmer nicht verlangen, dass der Arbeitgeber alle Konzernmitarbeiter darüber informiert.

*Landesarbeitsgericht München,
Urteil vom 22. September 2010 - 11 Sa 520/09*

Personalakte**Einsicht auch nach Beschäftigungsende**

Der Arbeitnehmer hat auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein berechtigtes Interesse daran, den Inhalt seiner fortgeführten Personalakte auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

*Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 16. November 2010 - 9 AZR 573/09*